## Flüchtlingsrat Brandenburg



Rudolf-Breitscheid-Str. 164 14482 Potsdam Tel.: 0331-716499

Fax: 0331-88715460

info@fluechtlingsrat-brandenburg.de www.fluechtlingsrat-brandenburg.de

## Einladung zur Veranstaltung

"Ausreisegewahrsam und bald wieder Abschiebungshaft - Inhaftierung und Isolation von Flüchtlingen zum Zweck der Abschiebung in Brandenburg"

**Termin**: Freitag, 24. Mai 2019 von 16 – 19 Uhr

Ort: Haus der Demokratie und Menschenrechte

Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin

**Referent:** Peter Fahlbusch, Rechtsanwalt und Mitglied im Republikanischen

Anwältinnen- und Anwälteverein e.V. (RAV)

Derzeit setzt Brandenburg verstärkt eine Politik um, deren Ziel es ist, die Zahl der Abschiebungen zu erhöhen. Dies geschieht zum einen durch die monatelange Isolation in der Erstaufnahmeeinrichtung, aus der die weit größte Zahl der Abschiebungen stattfindet. Zum anderen wird im Sommer 2019 ein Ausreisegewahrsam am Flughafen Schönefeld in Betrieb genommen und voraussichtlich im kommenden Jahr die Abschiebungshaft wiedereröffnet.

Im geplanten Ausreisegewahrsam gibt es keinen regelmäßigen Zugang zu unabhängiger Rechtsberatung und keinen Kontakt mit Ehrenamtlichen und der Zivilgesellschaft. Der Ausreisegewahrsam ist Teil der Erstaufnahmeeinrichtung in Brandenburg, die inzwischen die meisten Charakteristiken eines Ankerzentrums erfüllt und wo viele Asylsuchende zu Unrecht für die gesamte Dauer ihres Asylverfahrens bleiben müssen. Auch hier gibt es keine unabhängige Beratung und kaum Zugang zu ehrenamtlicher Unterstützung.

In seinem Vortrag wird der Rechtsanwalt Peter Fahlbusch über die politische und rechtliche Geschichte von Abschiebehaftanstalten sprechen, aus seiner Beratungspraxis berichten und die geplanten rechtlichen Verschärfungen auf Bundesebene beleuchten. Er vertritt seit vielen Jahren Menschen in Abschiebehaft und macht immer wieder darauf aufmerksam, dass in rund 50% der von ihm vertretenen Fälle die Haft rechtswidrig angeordnet wurde. Anschließend wollen wir uns über die Umsetzung in Brandenburg austauschen. Was kann gegen die Pläne der Landesregierung, Menschen zukünftig wieder zum Zweck der Abschiebung zu inhaftieren, unternommen werden? Wie gehen wir dagegen vor, dass Menschen rechtswidrig ihrer Freiheit beraubt oder monatelang in der Erstaufnahme isoliert werden, um Abschiebungen durchzusetzen? Die Veranstaltung findet statt im Rahmen der 100-Jahre-Abschiebehaft Kampagne, es werden beteiligte Aktivist\*innen aus Niedersachsen anwesend sein (siehe: <a href="http://100-jahre-abschiebehaft.de/de/startseite">http://100-jahre-abschiebehaft.de/de/startseite</a>).

Wir freuen uns auf Ihre/Eure Teilnahme! Ivana Domazet

Pressemitteilung der Flüchtlingsräte Berlin und Brandenburg vom 8.5.2019: <u>100 Jahre Abschiebehaft - 100 Jahre Haft ohne Straftat</u>